

Der Sozialdemokrat

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Herter, Hottingen-Zürich
Aufhofstraße 3.
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelpost.

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
nommen und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Courant)
Fr. 1. 70 für Österreich (Courant)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltverkehrs (Kreuzband).
Inserate
Die hergehaltene Zeitspalt
25 Cts. — 20 Hg.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N. 24.

Sonntag, 12. Juni.

1881.

Jois an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich vertrieben ist, bezug, versandt wird, und die dortigen Verleger sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an und nach unserer Zeitung- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel vernachlässigt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderlich ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so leiten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Österreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch unsern möglichst unerschütterlichen Zusicherungsbereiten mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich deshalb größter Eile und Vorsicht. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unsern Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

An unsere Abonnenten

richten wir die dringende Aufforderung, den Abonnementsbetrag regelmäßig monatlich an die Vermittler zu übergeben, da dieselben gleichfalls monatliche Abrechnung und Zahlung zu leisten haben.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Für die Opfer des Sozialistengesetzes gingen vom 1. April bis 1. Juni ein:
Dr. M. Berlin 20, F. Hamburg 10, Leipzig 23,40, 5,60.
Eine Anzahl nichtsozialistischer Reichstagsabgeordneter 1000, König-
berg 10, K. London 40, D. Schwert 30, W. Leipzig 28,
Jastrów 1,50, München 5, Augsburg 20, 50, München
11,85, Nürnberg 50, Dr. Br. Leipzig 25, Großhain 12,
Köln 10, Großsch 6, Siegburg 10, Danzig 50,
Altenburg 20, Gumbinnen 20, Leipzig 22, Chemnitz 13,
Jmoraclaw 4,00, Pforzheim 25,00, Darmstadt 10, Wilhelm-
shafen 20, Luxemburg 100, R. Jülich 20, Baden-Baden 10,
Hörversdorf 100, Gotha 10, Gumbinnen 40, Z. Köln 40,
König i. B. 9,78, Gumbinnen 115, Hannover 10, Braunschweig
10, Kappel b. Chemnitz 10, Salungen 7, Verden 20,
Gumbinnen 10, Jülich 40, Hohenstein 3, Mannheim 10,
München 20, Hannover 11, Decatur 6,80, Oberlumwig 9,
Karlsruhe R. 20, K. M. Leipzig 7,10, G. Köln a. Rh. 32,
Reudersburg 20, L. Hamburg 10, Großhain 15, R. Elm
9, U. Elm 21, D. Stuttgart 20, F. Reutlingen 5, A.
Tübingen 5, Mannheim 19,30, Speyer 50, F. A. Frankfurt a. M.
40, Weimar 12, Göttingen 9, Frimmersbach 10, Kaufmann
5,22, Delitzsch 5, Nöcker 2,15, Kaufst 10, Jventan 5,
Stadtilf 1/2, 40, Remmert 1/2, 6,55, Wermersdorf 5, Cyprien
4, Woldau 4, Krefeld 10, Freienheim 5, Freudenthal
5,17, Brumböhr 5, Potsdam 16,95, Jägerdorf 9,64, Gohlis
—,57, Großhain 8, Weeran i. Tyrol 20,40, Galtar 5,20,
Deberan 7, Kaiserlautern 10, Jena 140, R. München 10,
Leipzig 3,25, R. Leipzig 9, D. Mainz 10, W. u. R. München
12, Pina 10, Köln 60, B. Halle a. S. 6, Solingen
8, Halle a. S. 20, Ein Reicher für die Armen 450, Leipzig
90, Berlin 40, Strassburg 20, Frankenhansen i. Th. 10,
Erimmitschau 15, Harburg 20, Gorden i. S. 10, Telle 15,
Ramiy 5,40, Berlin 20, Nöckerburg —, Zentral-Komitee in
Genf, Ueberich d. Berf. v. 27,4, (Fr. 12,50) 10, Deutsche Soz.
in Wöl (Fr. 10, —) 5, Winterthur Beitrag d. Berf. v. 25,4
(Fr. 50, —) 40, Deutscher Verein Zürich Erlös aus Vorträgen
zum Besten d. U. Zds (Fr. 16,73) 13,38, St. Gallen Beitrag d. Berf.
v. 28,4, (Fr. 52, —) 41,60, Serlow 4,50, —, Altdorf d. D. (Fr. 1, —)
—,80, *)
Zusammen M. 3,890, 66
Früher eingegangen M. 25,104, 18
Gesamteingang M. 28,934, 84

Flugschriften-Fonds.

M. Jülich 20, G. Hg. Vn. —,36, Deutsche Soz. St. Gallen
(Fr. —,50) —,40, F. G. Gm. (d. R. —,30) 1, F. B. P.
(d. R. —,30) —,50, „Gleiches Recht für Alle!“ 1, Zentralauschuß
Basel (Fr. 5, —) 4, —, Riebsch (Fr. 1, —) —,80.
Zusammen M. 28, 06
Früher eingegangen „ 1062, 70
Gesamteingang „ 1090, 76

Agitationsfonds.

„Fliegender“ 2, —, Lehrer K. in S. (Fr. 1,75) 1,40.
Zusammen M. 3, 40
Früher eingegangen M. 78, 35
Gesamteingang M. 81, 75

Allgemeiner Wahlfonds.

—, Altdorf d. D. (Fr. 1, —) —,80, Für den Wahlkampf in Deutsch-
land v. Arb.-Ver. Kaufmann (Fr. 5,80) 4,64.
Zusammen M. 5, 44
Früher eingegangen M. 270, 08
Zusammen M. 275, 52

*) Berichtigung. In voriger Quittung waren irrtümlich für
Wittweida 20, — aufgeführt. Diese sollte Strassburg i. E.

Der Parlamentarismus.

Wenn die Sozialdemokratie auf die Verheiligung an den Wahlen Gewicht legt, geschieht es, wie schon hundertmal seitens der Partei erklärt worden ist, ausschließlich aus praktischen agitativen Gründen. Sicherlich nicht aus Begeisterung für den Parlamentarismus. Die sogenannten „Männer der That“ — in Wirklichkeit Männer des Nichtstuns und renomistischen Schwadroniers — welche die Verleumdung der deutschen Sozialdemokratie gewerbsmäßig betreiben, wissen sehr wohl, daß sie uns mit Unrecht den Vorwurf der Verleumdung in das parlamentarische Komödienpiel machen.

Der Parlamentarismus in seiner heutigen Form ist selbst für die alten Parteien theilweise ein überwundener Standpunkt. Man bewege sich einmal auf ein paar Stunden in den verschiedenen Kreisen des deutschen Reichstages und man wird wohl kaum einen Abgeordneten finden, der den Parlamentarismus ernst nähme und an eine Besserung der Dinge durch denselben glaube. Sogar Herr Vasker ist von seinen parlamentarischen Illusionen zurückgekommen.

Bismarck und die Konservativen möchten die ganze Volksvertretung durch Wahl wieder loswerden und erblicken in einer sogenannten Interessendvertretung durch — von der Krone (der Regierung) ernannte — Notablen das Heil.

Was sie gegen den Parlamentarismus vorbringen, kann man, soweit es sich auf dessen legislatorische (gesetzgeberische) Thätigkeit bezieht, ziemlich Wort für Wort unterschreiben. Herr Lotzar Bucher, welcher jetzt Betriebsleiter der Bismarck'schen Gedanken- und Schullensfabrik ist, hat ja vortreffliche Gelegenheiten gehabt, den Parlamentarismus an der Quelle zu studieren, und die vortreffliche Gelegenheit auch vortrefflich ausgenutzt.

Die Bucher'sche Kritik des Parlamentarismus dürfte in keinem wesentlichen Punkte zu widerlegen sein, und der Umstand, daß sie nicht Original — sondern eigentlich nur eine Uebersetzung aus dem Englischen des genialen Querkopfs David Urquhart ist, hebt das Verdienstliche des Wertes keineswegs auf.

Zu bestimmten positiven Vorschlägen hat Herr Bucher es nicht gebracht, er eben hat in dem cercle vicieux seines Lehrmeisters Urquhart, der sich durch die schlimmen Resultate des Parlamentarismus zur Regierung des Volksvertretungs-Prinzips und der Volkssouveränität verleitete ließ. Statt eine consequenter Durchführung der Demokratie anzustreben, und auf die Beseitigung der Klassenherrschaft hinzuwirken, die sich in dem modernen Parlamentarismus ausdrückt und ihm seinen obigen (gefälligen) Charakter verliehen hat, wandte er sich zurück und befürwortete — zunächst freilich bloß für England — das starke, über den Parteien und Klassen stehende Königthum. Das war der Haken, an dem Bucher von Bismarck gepackt wurde.

Indeß mit dem Königthum allein ist es nicht geihan, und der eifrigste Absolutist ebensowenig wie der begeistertste Anhänger der direkten Gesetzgebung durch das Volk kann heutzutage der Volksvertretung in irgend einer Form entbehren.

Und merkwürdig: der Sach, daß die Extreme sich berühren, hat in diesem Falle abermals seine Bestätigung gefunden, indem die Interessendvertretung, für die Fürst Bismarck plädiert, von unserem Standpunkte aus ein durchaus berechtigter Gedanke ist. Nur muß es eine wirkliche Interessendvertretung sein, nicht eine scheinbare, künstlich und willkürlich hergestellte.

Wäre der Volkswirtschaftsrath nicht aus Puppen und Strohmännern des Fürsten Bismarck, sondern aus freigelegten Vertretern der Interessengruppen des arbeitenden Volkes gebildet, so würde er unzweifelhaft Ersprießliches leisten können, während dies bei dem Reichstag, selbst dessen guten Willen vorausgesetzt, einfach unmöglich wäre. Und zwar deshalb unmöglich, weil es den Mitgliedern, mit verschwindenden Ausnahmen, an den nöthigen nationalökonomischen Elementar-Kenntnissen fehlt.

Die Reichstags-Debatten der letzten Monate über volkswirtschaftliche Fragen haben, neben dem betrugten Klassen-Egoismus eine wahrhaft erschreckende Ignoranz zu Tage gefördert. Sie erinnern lebhaft an jene Theaterjungen, wo Jemand einen Versprechen sucht und nicht findet, obgleich er ihm doch über die Beine stolpert. Es ist ein fortwährendes Neben die Scheibe schießen — sei es aus Ungelehrlichkeit, sei es aus Absicht. Man nehme nur die Innungsfrage und die Unterstühtungswohnfrage. Hat ein einziger konservativer oder liberaler (und fortschrittlicher) Redner den Kern der Fragen berührt? Sind bei der Innungsfrage die Liberalen aus dem freihändlerischen, die Konservativen aus dem zunftpflerischen „Narrenparadies“ herausgekommen? Hat einer von ihnen durch ein Wort, durch eine Andeutung verrathen, daß er den historischen Entwicklungsprozeß versteht, welchem das Handwerk zum Opfer gefallen ist!

Und bei der Frage des Unterstühtungswohnstühes — mühten die Redner sich nicht förmlich ab, die vor ihrer Nase liegende Lösung: Erhebung des Armenwesens zur Staatsache, zu vermeiden?

Wir sind keine sentimentalen Esel, die an den Edelmut und die philanthropische Ehrlichkeit unserer Feinde glauben, allein so viel steht fest, gar manche ihrer Sünden ist mehr ihrer Unwissenheit als ihrem bösen Willen geschuldet.

Nach allen Richtungen hin zeigt der Parlamentarismus seine Impotenz. Auf dem politischen Gebiet so gut wie auf dem wirtschaftlichen.

Bismarck hat es offenbar darauf abgesehen, den Reichstag zu insultieren; er benutzte jeden Anlaß, ihm seine Verachtung vor aller Welt zu bekunden; und die freche Erklärung seines Kommiss' Böttcher in der Sitzung des 25. Mai war eine mora-

lische Ohrfeige, so klatschend, wie, außer in Spanien, noch kein Parlament sie erhalten.

Und was hat der Reichstag gethan?

Nichts!

Und was wird er thun?

Nichts!

Die große Mehrzahl der Mitglieder fühlt sehr wohl, daß der Reichstag eine unwürdige Rolle spielt, ja sie schämt sich dieser Rolle und leugnet im Privatgespräch nicht, daß sie sich schämt, aber — „was sollen wir thun?“

Es hilft ja doch nichts, ist der ewige Refrain.

Mit anderen Worten, die Parlamentarier haben den Parlamentarismus aufgegeben.

Und da wollen einige Deserteure und Verleumder der deutschen Sozialdemokratie uns vorwerfen, wir schwärmten für den Parlamentarismus!

Der Vorwurf ist so albern, daß ihm durch eine Widerlegung zu viel Ehre angethan würde.

Wir sind nicht nur überzeugt, daß wir in dem gegenwärtigen Reichstag und unter dem herrschenden parlamentarischen Regime gesetzgeberisch nichts von Belang erreichen können, wir sind auch prinzipielle Gegner des modernen Parlamentarismus und der heutigen Form der Volksvertretung. Das ist jedoch kein Grund, die Waffen, welche der moderne Parlamentarismus uns bietet, nicht zu benutzen.

Was würde man von dem Mann sagen, der einen Konflikt mit der reaktionären Staatsgewalt sich zu kämpfen weigerte, weil die Flinten, welche man ihm darreicht, in einer Regierungswerkstatt verfertigt und dem Arsenal des reaktionären Staats entnommen ist?

Feig oder verrückt! wäre das einstimmige Urtheil.

Und feig oder verrückt wären wir, wollten wir nicht jede Waffe, welche der reaktionäre Staat uns bietet, gegen den reaktionären Staat benutzen.

Selim.

Parteienossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Das Arbeiter-Unfallversicherungs-Gesetz in zweiter Lesung.

Was wir, und was namentlich Bebel in seiner Rede bei der ersten Lesung gesagt, ist geschehen. Das an und für sich schon höchst mangelhafte Gesetz ist vom Reichstag in der zweiten Lesung in einer so jämmerlichen Art und Weise hergerichtet worden, daß von der ganzen „Arbeiterfreundlichkeit“ desselben weiter nichts übrig bleibt, als eine höchst christliche Herabsetzung und Einschränkung der Unfallentschädigung und die noch christlichere Abwälzung eines Theiles der Versicherungsprämie auf die Arbeiter.

Unsere Genossen im Reichstage haben diesem Gesetz gegenüber einen Standpunkt eingenommen, der, von welcher Seite man ihn auch betrachtet, durchaus korrekt ist, das heißt Pflicht bezeugend, die als Vertreter des arbeitenden Volkes gewählt worden sind. Sie haben den Grundgedanken des Gesetzes als richtig akzeptiert und durch ihre Amendements auch dem Inhalt des Gesetzes eine solche Gestalt gegeben, wie sie sein muß, wenn der Grundgedanke nicht bloß Schwindel sein soll.

Weder dem Reichstag noch den Vertretern der Reichsregierung, das heißt Bismarck, hat es beliebt, auf die Vorschläge unserer Abgeordneten einzugehen. Die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Herren hat sich da, wo es ihnen selbst an den Krügen geht, einmal wieder in ihrem wahren Lichte gezeigt. Insbesondere gilt das von den Herren vom Centrum, die sich sonst so ungeheuer rühmen, das Wohl der Arbeiter vor Allem im Auge zu haben. Das Auftreten des Herrn Schorlemer-Kiß, der mit faulen Witten die Verpflichtung der ländlichen Arbeitgeber zur Versicherung ihrer Arbeiter gegen Unfälle — es sollte natürlich auch nicht das Märchen von dem „patriarchalischen“ Verhältnis*) zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Lande, das nämlich darin besteht, daß der Arbeiter Knecht genannt, und als Knecht behandelt wird, daß der Gutsbesitzer ihn acht patriarchalisch, d. h. „väterlich“ dunt und prügelt, und sich von ihm wie ein Vater, nein! wie Gott-Vater andeten läßt — das Auftreten dieses Herrn soll nicht vergessen werden, namentlich nicht von unseren Genossen in katholischen Distrikten.

Wie es heißt, soll Bismarck auf dem vom Reichstag verworfenen Staatszuschuß bestehen, und lieber für jetzt ganz auf das Zustandekommen des Gesetzes verzichten, ja das Schicksal des Gesetzes als Agitationsmittel gegen den Reichstag bei den Wahlen ausbeuten wollen. Uns kann's Recht sein, wir sagen wie Hamlet: wen's juckt, der kratze sich“. Der „große Staatsmann“ wird sich die Sache aber wohl noch überlegen. Es sind nämlich gerade seine Freunde, die am schlimmsten mit dem

*) So rief der Herr u. A. ganz entrückt aus: „Wenn es so, da muß auch das landwirtschaftliche Gesinde nothwendig mit hinein-gezogen werden“. — Ja wohl! wurde ihm mit Recht, wahrhaftig von einem unserer Abgeordneten zugerufen. Das Gesinde verhältniß, das liegt den Herren schwer am Herzen, wir bringen an anderer Stelle auch so ein Stückchen über dieses Sklavensystem unserer Epoche.

Gesetz gehaupt haben. Würde er nun auf Konserbative und Zentrum Schimpfen lassen — die Nationalisten fanden wieder da wie Buridans Esel, keinem zur Last und Allen zum Leide — auf Fortschrittler und Sozialisten, die wenigstens einen prinzipiellen Standpunkt einnahmen, wird ohnehin geschimpft — so muß sich der „arme Mann“, d. h. der Arbeiter schließlich, sagen: soll ein für mich wirklich günstiges Gesetz zu Stande kommen, so gibt es nur eine Partei für die ich wählen muß: die sozialdemokratische. Und das ist der Humor davon.

Darum wird wohl zwischen weiter und dritter Lesung hart kompromittiert werden. Willt ja doch Bismarck, das Fest der Ausgiehung des heiligen Geistes, dazwischen, worum soll sich nicht schließlich der „heilige Geist“ auch auf Bismarck und seine Streifen ergießen! Sie werden zusammenkommen, mit Entgegnungen werden sie reden und schließlich ein Ding zustandbringen, so hoch, so verlogen, so nichtslugend wie der berühmte Wechsel auf's Jenenseits des Christentums. Eine christliche Gesetzgebung nennen sie diese Spiegelschere — gut; eine schreiendere Verurteilung ihres Christentums ist gar nicht denkbar, als dieser Volksbetrug!

Liebnecht hat es ihnen am 31. Mai vorzüglich gesagt. Wir würden gern die ganze Rede hier wiedergeben, müssen uns indes darauf beschränken, nur einige Stellen derselben den Parteigenossen zur Kenntnis zu geben. Dem Erzrufer, Herrn von Kleis-Regow, rief Liebnecht zu: „Herr von Kleis-Regow hat weiter behauptet, daß die Sozialdemokratie nur zersören wolle, daß dagegen aufgebaut werden könne durch eine Gesetzgebung, welche auf christlicher Anschauung beruhe; blos das Christentum habe auf dem Gebiet der Gesetzgebung eine schöpferische Kraft. Ich möchte den Herrn Abgeordneten eine Schöpfung doch einmal erlösen, mir zu sagen, zu welcher Zeit denn eigentlich das Christentum diese schöpferische Kraft bewiesen hat? Der Herr Abgeordnete von Kleis-Regow gehört einem Stand an, welcher zu einer Zeit geherrscht hat, von der man behauptet, daß das Christentum in ihr geblüht habe.“

Diese mittelalterliche Blüthezeit des Christentums und des Adels ist aber notorisch diejenige Zeit gewesen, wo die Knechtschaft in ihren schlimmsten Formen geblüht hat, wo Leibeigenschaft, Armut und Elend bei unbeschränktem patriarchalischem Züchtigungsrecht der christlichen Obrigkeit das Loos des Volkes war. Ich möchte wissen, ob das Ideal, welches uns von Herrn Kleis-Regow für die Zukunft in Aussicht gestellt wird, damals verwirklicht worden ist? Uebrigens hat Herr von Kleis-Regow selbst ja die beste Gelegenheit, in seinem Reife das christliche Ideal schon jetzt zu verwirklichen. Wie kommt es denn nun aber, daß in den lässlichen Verwirren, wie uns von dem Herrn Abgeordneten soeben angeführt worden ist, die Mißstände, denen durch dieses Gesetz entgegengetreten werden soll, in so hohem Maß existieren? Und wie kommt es, daß von Herrn von Kleis-Regow, der ja Gutsherr ist, und von seinen Herren Parteifolger, die meistens ebenfalls Grundbesitzer und ebenfalls vom christlichen Geiste besetzt sind, die Initiative zu diesem Gesetz nicht ausgegangen ist? Warum haben sie nicht dafür gesorgt, daß auf ihren Gütern und in den von ihnen bewohnten und beherrschten Distrikten ein kleines Himmreich auf Erden in christlichem Geiste bestehe?

(Sehr richtig! links.)

Warum grassiert die Auswanderung gerade in jenen Bezirken, wo die Herren Reichler sind, am argsten? Warum laufen Ihnen die Arbeiter weg? Warum müssen Sie durch die kostlichsten Mittel, z. B. durch das Altersversorgungsgesetz eines gewissen Herrn Puttamer jetzt der Auswanderung zu fernern suchen? Da heißt es vor allen Dingen „hic Rhodus, hic salta!“ — vor der eigenen Thür liegt!

Und weiter:

„Dann haben Sie sich denn um die Arbeiter bekümmert? Wann haben Sie die soziale Frage studiert? Wann haben sie überhaupt etwas für den sogenannten „armen Mann“ gethan? Erst seit die sozialdemokratische Bewegung Sie an Ihre Pflicht erinnert hat; erst seit Sie gesehen haben, daß die Arbeiterklasse unzufrieden ist und daß sie sich der einzigen Partei zugewendet hat und zuwenden, welche für die Arbeiter etwas thut, welche ihnen den Weg zeigt zur Erlösung, den Weg aus dem Elend, in welchem sie durch die bisherige Gesetzgebung und durch die bisherigen Staats- und Gesellschaftsrichtungen verurtheilt worden sind! Das Kirchenthum wettrennen, welches mir jetzt auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung erleben, wer hat es veranlaßt? Die sozialdemokratische Bewegung, die Sozialdemokratie und das ist doch eine „schöpferische That“ und verdanken Sie die Ideen, mit denen Sie jetzt hier anstreben, nicht der Sozialdemokratie? Sind es nicht sozialdemokratische Schlagwörter, wie mein Freund Bebel es neulich angeführt hat, die selbst aus dem Munde des Herrn Reichstagslers ertönen?“

In unseren Fußstapfen sind Sie genöthigt, zu gehen; und wenn Sie glauben, dadurch, daß Sie jetzt die Arbeiterbegünstigung in die Hand nehmen, die Sozialdemokratie, die Sie durch das Sozialgesetz zu zwingen versucht haben, was Ihnen mißlungen ist, moralisch und geistig zu tödten, dann irren Sie sich sehr, denn jeder Arbeiter, jeder der Augen hat zu sehen und Ohren zu hören, weiß, daß das, was von hier und was von da oben her für die Arbeiter zu thun versucht und versprochen wird, nur in Folge unserer Initiative geschieht, weil durch unser Borgehen ein moralisches dazu gezwungen ist. Wir, meine Herren, sind die Urheber dieses Gesetzes, soweit es einen berechtigten Kern hat, wir, die Sozialdemokratie.

Ohne uns war es unmöglich. Die Ideen, welche in diesem Hause vom Abgeordneten Stumm und von Anderen angegriffen werden — alle jene Ideen, wenn verbannt Sie sie? Der Sozialdemokratie. Nur daß der sozialdemokratische Gedanke dabei in einer Weise zum Ausdruck kommt, daß wir ihn oft kaum mehr erkennen und anerkennen können, denn man hat ihn, wie das auch bei dem vorliegenden Gesetzentwurf der Fall ist, den Interessen der herrschenden Klasse, dem Interesse der Großindustrie, dienlich zu machen gesucht.“

Und an einer anderen Stelle:

„Spreche man uns nicht von Christentum; behaupte man nicht, der Staatsbegriff sei eine christliche Idee. Nein, meine Herren! diesen Staatsbegriff hat die antike Welt schon gekannt, speziell der persische Staat hat mit dem Christentum nichts zu schaffen, ein Friedrich der Große und seine Vorgänger haben ihre Idee des Staats durchaus nicht dem Christentum entnommen. Der Staatsbegriff ist aus der menschlichen Kultur hervorgegangen, als die Menschheit aus dem Thierzustand heraustrat; als das bellum omnium contra omnes in der rohesten Form aufhörte, war es notwendig, Verbände zu schaffen, in denen der einzelne gegen Unfälle, die seine Person treffen konnten, sich sicherte, Verbände zunächst in der Familie, in den Stämmen. Aus diesen Verbänden entwickelte sich der Staat. Der Staatsbegriff war einfach, die Erziehung des Einzelnen, der als Einziger zu Grunde gehen müßte, zu sichern. Der Kulturzustand kann nur im Staat existieren, und darum scheuen wir uns keineswegs vor dem Einwand, der uns von jener Seite (zur Linken) gemacht wird, daß wir, indem wir auf diesem Gebiete für die Staatsversicherung eintreten, dem Staate eine allzu große Macht einräumen. Diese Gefahr ist nicht vorhanden; wir wissen allerdings, daß der jetzige Staat durchaus nicht den Idealen, welche wir vom Staate haben, entspricht, durchaus nicht die Aufgabe, die wir als Staatsaufgabe betrachten, erfüllt, aber wir wissen auch, daß die Gewalt der Dinge stärker ist als der Wille der Menschen. Augenblicklich werden die Verhältnisse Deutschlands von einem Manne gelenkt, dessen Wille für unsern Staat, von dem man glaubt, daß er in seiner Hand die Geschichte Deutschlands und vielleicht der Welt trage. Meins Herren, wir Sozialdemokraten gehen von einer anderen Anschauung aus, wir glauben, daß die Macht, welche der Herr Reichstagsler ausübt, nicht in seiner Persönlichkeit liegt, nicht von seiner Person ausgeht, sondern daß sie in den Verhältnissen liegt. Die Verhältnisse haben ihm diese Bedeutung gegeben. Die Jahresfrist, welche wir überall jetzt finden, das Auseinandergehen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsbedingungen, der Zerfallsprozess, den wir auf politischem, wirtschaftlichem Gebiete überall beobachten. — Wie alle allgemeine Anweisung und Befehle hat

eine ähnliche Kern bei uns hervorgebracht, wie sie zur Zeit der Auflösung der römischen Kulturwelt, des alten Römerreiches stattgefunden hat. Das Volk wird ängstlich, jeder Angst an, für sich zu fürchten, niemand fühlt den Boden fest unter den Füßen, und da liegt es in der Natur der Menschen, daß sie sich dem Regiment der persönlichen Diktatur zuneigen. Im Schatten der Diktatur glauben sie sicher zu sein. Dieselbe Erscheinung, die uns jetzt in Deutschland entgegentritt, haben wir — in einer nach den Umständen modifizirten Form — in neuerer Zeit drüben in Frankreich erlebt. Fürst Bismarck selbst hat sich vor kurzem mit Napoleon III., dem Kaiser, verglichen, und mit vollkommenem Recht, denn auf dem gesammten Felde der Politik verfolgt er die gleichen Bahnen. Napoleon wurde in diese Stellung genau durch dieselben Verhältnisse gebracht, wie der Fürst Bismarck: durch die Angst des Bürgertums vor dem Anbruch des Sozialismus, durch die Zerfaltung der Klassen in sich, durch die Unsicherheit der Verhältnisse. Das hat den Kaiser in Frankreich erregt, das hat jetzt in Deutschland einen ganz ähnlichen Zustand herbeigeführt.

Daraus ersehen wir, daß die Zustände stärker sind als die Menschen. Wie in Frankreich die Verhältnisse ihren natürlichen Ausdruck in Napoleon gefunden haben, so haben sie in Deutschland ihren Ausdruck im Fürsten Bismarck gefunden. Auf die Frage kommt es nicht an. Ein bester Schlichter oder Richter würde die Rolle zu spielen haben, wenn Fürst Bismarck nicht vorhanden gewesen wäre. Das liegt in der Natur der Dinge. Der historische Entwicklungsprozess ist unendlich stärker als der mächtige Nachthaber. Fürst Bismarck hat selber die wunderbaren Wandlungen durchgemacht, er hat die Aufrichtigkeit, welche mitunter an ihm zu bewundern ist, gehabt, es einzusehen: er war eine Zeitlang im Schlepptau der Freihandels, in dem er sich im Schlepptau der schauzöllnerischen Bewegung gefunden, — jetzt ist er im Schlepptau des Sozialismus. Das ist nicht sein Wille, das ist Nothwendigkeit. Ganz ähnlich hat es Napoleon machen müssen; die Logik der Thaten zwang ihn dazu. Und, meine Herren, wenn Sie (zur Linken) glauben, daß wir dem Fürsten Bismarck Dienste leisten, indem wir für den Kern des Gesetzes eintreten, so täuschen Sie sich. Wir stehen hier in der That über den Kämpfen, die Sie bewegen; wir freuen uns über diese Kämpfe, wir sehen, daß hier nur für uns gearbeitet wird; Fürst Bismarck glaubt uns zu haben, und wir haben ihn.

(Heiterkeit. Sehr wahr! links.)

Er würde dieses Gesetz nie und nimmer ohne uns gemacht haben.

Und, meine Herren, glauben Sie nicht, daß durch dieses Gesetz in unserer Stellung zu ihm etwas geändert wird.

Das vorliegende Gesetz ist an sich sehr unbedeutend. Sie fürchten es wegen dessen, was drum und dran hängt. Es ist das späte Ende des Reits, welcher in die heutige bürgerliche Gesellschaft eingedrungen wird; das dicke Ende wird schon nachkommen, ob Fürst Bismarck will oder nicht. Die Verhältnisse sind stärker als er. Sie haben also vollkommen Recht, dieses Gesetz vom Standpunkt der Klasseninteressen zu fürchten, es wird weiter führen.

Es ist in einem früheren Stadium dieser Gesetzesvorlage erklärt worden, daß die Unfallversicherung sich vielfach deckt mit der Armenpflege. Das ist richtig, aber es liegt hierin auch kein Widerspruch. Wir stehen auch in Beziehung auf das Armenwesen auf dem Standpunkt, daß der Staat das ganze Armenwesen zu übernehmen habe, und glauben, daß die großen Schwierigkeiten, in welche Sie mit dem Unterhaltungs- und Wohlfühlgesetz gerathen sind, einzig daraus beruhen, daß Sie die Konsequenzen der durch die moderne Industrie gebotenen Freizügigkeit nicht zu sehen den Muth gehabt haben. Bei der Freizügigkeit können Sie das Heimathrecht nicht beibehalten, das ist vollkommen richtig, insoweit waren Sie logisch; Sie sind aber nicht weit genug gegangen. Sie können den Unterhaltungswohnort nicht beibehalten, ohne der Industrie Schranken aufzuerlegen und ohne in große Ungerechtigkeit und Inhumanitäten zu verfallen. Die Freizügigkeit kann nur Wahrheit werden, wenn der Staat das Armenwesen übernimmt. Und dann ist ja der Staat auch vom Standpunkt der Armenunterstützung aus verpflichtet, für denjenigen, welcher bei der Arbeit verunglückt ist, einzutreten. So findet sich also kein Widerspruch zwischen diesem Gesetz und dieser Armenversicherung, es ist einfach eine Ergänzungs derselben. In der neuen Fassung des Gesetzes ist nun von dem Armenwesen überhaupt nicht mehr die Rede, und das ist gut, obgleich wir keineswegs der Meinung sind, daß, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse heute sind, es eine Schande ist, Armenunterstützung zu empfangen. Wir glauben nicht, daß der Arbeiter, der im Dienst der Arbeit Invalid geworden ist und der Gemeinde zur Last fällt, Ursache hat, sich zu schämen; schmachvoll sind nur die Zustände, welche es möglich machen, daß so viele Arbeiter in eine solche Lage kommen. Die Sozialdemokratie erkennt an, daß jeder Mensch, wenn er im Kampf um die Existenz niedergeworfen ist, das Recht auf Unterstützung hat. Es ist nicht ein Almosen, welches ihm gereicht, nein, es ist eine gesellschaftliche, eine staatliche Pflicht, die ihm gegenüber erfüllt wird.

Liebnecht schloß dann seine Rede mit folgenden Worten:

„Nehmen Sie das Gesetz an mit demjenigen Amendement, welche wir gestellt haben, um es von den ihm anhängenden Fesseln zu befreien, dann werden Sie einen bedeutenden Schritt auf der Bahn der Befreiung gethan haben. Der Sozialdemokratie freilich haben Sie damit nicht den Boden entzogen, sondern einen Dienst geleistet, denn dieses Gesetz ist ein Zeugniß für die Wahrheit des sozialistischen Gedankens.“

Kun, der Reichstag hat unsere Amendements abgelehnt, er hatte aber nicht den Muth, das Gesetz im Prinzip abzulehnen. Die Verhältnisse sind eben stärker als die Menschen, und ob die Herren wollen oder nicht, der Sozialismus wird seinen Siegeslauf machen, ohne sie und gegen sie!

Die Ausführungen Liebnechts lagen den Herren ganz gewaltig in den Knochen. Nur widerwillig ließ man in der Spezialberatung unsere Genossen zum Wort. Durch die ganzen nachfolgenden Debatten zog sich der Gedanke: Gehen wir auch nicht zu weit in den Sozialismus hinein?

Wir hoffen, daß die sehr lehrreichen Debatten im Separatabdruck erscheinen werden, es wäre die beste Wahlagitationsbrochüre für unsere Partei, wir werden an die eingehende Kritik derselben daher mit Rücksicht auf den beschränkten Raum unseres Blattes verzichten. Es war geradezu skandalös, mit welcher Gewissenlosigkeit z. B. die Herren „Arbeiterfreunde“ bei Beratung des famosen § 7 die Hauptstütze für die ersten zwei Wochen von der Versicherungsfrage auf die Tasche der Arbeiter, bezw. der Krankenkassen abwälzten. Der Herr Reichstagsler, mit Hilfe der Ultramontanen in Solingen gegen unsern Genossen Wittlinghausen gewählt, trieb die Schamlosigkeit so weit, eine Kündigung des Hilfsleistungsgesetzes anzukündigen, nach welcher die Krankenkassen zwar nach wie vor erst dreizehn Wochen nach Eintritt des Mitglieds Krankentüchtigkeit zu gewähren haben, dagegen Unfallunterstützung vom ersten Tage des Eintritts an. Diesem Gebahren gegenüber rief Genosse Bebel mit treffendem Sarkasmus:

„Ich muß sagen, das war ein Herz, das sich in dieser Beziehung für das Wohl der Arbeiter bei Ihnen kundthat, ist wirklich rührend anzusehen; ich halte ein solches Verhalten für eine Ungerechtigkeits, wie ich mir sie färlter gar nicht denken kann. Das wird aber nicht verhindern, daß wir von Ihnen bei § 13 die schönsten Redensarten darüber anhören müssen, wie notwendig es sei, aus ethischen und moralischen Gründen die Arbeiter an der Unfallversicherungstheorie zu lassen, wie das Selbstbewußtsein der Arbeiter ganz anders gehoben würde, wenn sie dazu zu zählen hätten, ja, aber die Herren Arbeitgeber sorgen weidlich dafür, daß ihnen die ihnen zukommenden Kosten möglichst erleichtert werden und die Last möglichst auf die Schultern der Arbeiter gewälzt werde. Nun, wir haben am Ende keinen Schaden dabei, wenn Sie in dieser Richtung Ihre Beschlässe fassen, im Gegentheil, Sie werden etwas ganz anderes erreichen, als Sie mit dem Gesetz erreichen wollen.“

Selbstverständlich sei das Amendement unserer Genossen, die Herren vertrauen auf die Dummheit und Schlagmüdigkeit der Arbeiter. Wir werden sehen, ob sie sich täuschen.

Auch die Anträge auf bessere Unterstüfung der Hinterbliebenen der Verunglückten fielen, es half nichts, daß Bebel den Herren zurief:

„— es wäre das bitterste Unrecht gegen die Familie eines Weideten, neben dem schweren moralischen Schaden, den der Tod des Vaters der Familie zufügt, noch materiellen Schaden hinzuzufügen; ich meine, daß gerade nach dieser Richtung hin das „christliche Gesetz“ das Sie in so hervorragendem Maße vorzüglichlich bei Beratung dieses Gesetzes betont haben, Veranlassung für Sie sein müßte, hier für unsere, der Reichstagsler, Anträge einzutreten.“

Aber die guten Christen bekamen sich eines Besseren. — Bebel nahm auch Veranlassung, für die Gleichberechtigung der Frauen eine Lange einzulegen. Er verlangte gleichmäßige Unterstüfung für beide Geschlechter und sagte in dieser Beziehung:

„Ich begreife wirklich nicht, wie man in unserer heutigen Zeit noch dem männlichen Berechtigten auf Grund des Gesetzes einen Vorrang vor dem weiblichen Berechtigten geben kann. Ich erkenne an, daß unsere bisherige Gesetzgebung, insbesondere das Privatrecht, eine solche Bevorzugung des männlichen Geschlechts hat. Einer solchen Bevorzugung wird aber von denjenigen, welche die Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern anerkennen, entgegengehalten: das geschieht blos, weil ihr Männer bisher die Gesetzgebung ausschließlich in der Hand haben und dadurch auch solche Vorrechte vorbehalten haben, — genau so wie die Arbeitgeber resp. Unternehmerklasse überall der Arbeiterklasse gegenüber ihre bevorzugte Stellung in der Gesetzgebung zum Ausdruck zu bringen sucht. Warum wollen Sie das härtere Geschlecht, das sich viel leichter fortsetzen kann, vor dem schwächeren, dem weiblichen, bevorzugen? Wir sehen keinen Rechtsgrund dafür. Wir beantragen also, daß das Gesetz die volle Gleichberechtigung der Geschlechter anerkenne und anspreche.“

Herr Stumm hielt eine sehr moralische Rede dagegen, schweifte von dem sittlichen Gefühl der Arbeiter und auch diese Anträge saßen in den Papierkorb.

Dasselbe Schicksal hatte der für den Schutz der Arbeiter gegen Verunglückungen so wichtige Antrag unserer Genossen, den Arbeitgeber, welcher die in gleichen Betriebe etc. bei anderen Unternehmern vorhandenen Schutzmaßregeln unterläßt, in eine höhere Gehaltsklasse einzureihen, trotzdem Genosse Kayser zweimal eindringlich dafür eintretet und an vielen Beispielen die Nothwendigkeit dieser Vorschrift nachwies. Das Klasseninteresse der Herren steht eben höher als alle übrigen Rücksichten.

Kurz und gut, das Gesetz ist in einer solchen Weise zugerichtet worden, daß unsere Vertreter, wie sie gegen den Bismarck'schen Ursprunglichen Entwurf gestimmt hätten, desto mehr Grund haben, die Möglichkeit von Regierung und Reichstagsmajorität schlankwegs abzulehnen. Sie haben Alles gethan, um die Benachtheiligung des arbeitenden Volkes zu verhindern, sie können guten Muthes und mit reinem Gewissen vor ihrer Wähler hintreten, — daher ihre „gefäßigte“, sügezwangige Haltung, Herr Hamburger!

Sozialpolitische Rundschau.

— Unsere Vertreter im Reichstag. Bei der Beratung über die Petition der sächsischen Textilindustriellen — die entweder Herabsetzung der Garnrollen oder Erhöhung der Einfuhrzölle auf fertige Gewebe, bezw. Rückvergütung der Garnrollen forderten — hat unser Genosse Kuer einige treffende Schlägler auf unsere herrlichen wirtschaftlichen Zustände geworfen. Sehr bezeichnend ist nachfolgende Stelle aus dem Briefe eines der Petenten — eines Fabrikanten — an Kuer. Es heißt da:

„Sie wünschen ferner zu wissen, ob nicht auch der mechanische Webstuhl den Handwebstuhl überflügelt hat, also ein Theil der Schuld an der Nothlage auf Konto des ersteren zu schreiben sei. Dieser Einwand ist sehr wichtig und wird nach meiner Bemerkung als Angriffswaffe gegen unsere Petition benutzt werden. Die Sache liegt aber thätlich so, daß die mechanische Weberei, weil diese vorzugsweise nur billige sogenannte Stapelartikeln liefert, welche am meisten von den ungünstigen Zolllagen betroffen werden, ebenso sehr, ja noch mehr darniederliegt als die Handweberei. Der Sachverhalt ist in Wirklichkeit der, daß schon seit Jahren infolge der beispiellos billigen Handlöhne die mechanische Weberei nicht mit der Handweberei konkurriren kann. Der Kampf um Tod und Leben“ zwischen Hand- und mechanischer Weberei kommt auch noch, und später, erst dann, wenn die Handlöhne wieder ein gewisses Lohnumaximum erreicht haben werden, wo dann die mechanische Weberei wieder konkurrenzfähig wird und die Handlöhne dauernd auf dieses Lohnumaximum niedergedrückt.“

Soweit hätten wir es nun also glücklich gebracht, Dank der segenspendenden „freien Konkurrenz“ auf dem Arbeitsmarkte! Die Preise der Handarbeit so heruntergedrückt, daß die mechanische Weberei mit ihr nicht mehr konkurriren kann! Hier steht die kapitalistische Gesellschaft an der Grenze ihres Witzes. Die Handlöhne müssen erst wieder ein gewisses „Lohnumaximum“ erreicht haben, ehe es anders wird, meint der Fabrikant. Wißt Ihr, was das heißt? Wenn durch flotteren Geschäftsgang die Nachfrage steigt, dann bildet Euch nur nicht ein, Ihr Handwerker, daß auch Eure Löhne entsprechend steigen, nein, das geht nur bis zu dem berühmten Lohnumaximum, höher nicht, und dann beginnt der Kampf um „Leben und Tod“.

Lasciate ogni speranza voi ch'entrato! Laßt die Hoffnung draußen, die Ihr eintretet, ruht er Euch zu, Ihr Proletarier. Ihr darbt und hungert heute und harret schmerzhaft auf besseren Geschäftsgang, aber wenn er kommt, dann — geht es Euch erst recht um den Krug.

Sehr richtig sagte Kuer im weiteren Verlauf seiner Rede:

„Sie haben leghin das Zunahmengesetz beschloffen. Die Enquete zeigt Ihnen auch die Verhältnisse, in denen Tausende von Webermeistern leben. Glauben Sie, daß diesen Webermeistern durch Zunahmen noch zu helfen ist? Nein, meine Herren, der Vorgang, der uns heute beschäftigt, zeigt uns auf das Entschiedenste, daß das Klein- und Gewerbe in einer ganzen Reihe von Zweigen absolut nicht mehr im Stande ist, den Kampf mit dem Großbetrieb zu führen, zeigt wie ganz jastadlos und verlorren Ihre Bemühungen sind, einem Stand, der im Absterben begriffen ist — und das ist das Kleinhandwerk! — noch auf die Beine zu helfen.“

Der Enquetbericht führt auch an, daß Lehrlinge von den Webermeistern nicht mehr ausgebildet werden, zeigt also auch in dieser Richtung, wie wenig Sie mit den Behauptungen der Zunahmenvorlage, wonach Sie einzelnen Meistern das Halten von Lehrlingen verbieten wollen, noch werden erreichen können.

Mit Bezug auf die Lohnerhältnisse möchte ich hier noch eins erwähnen. Herr von Mirbach meinte, die Arbeiter sollten vom Weizen nach dem Mehl ziehen, dort wären ja billige Lebensmittel, dort könnten sie mit ihren Löhnen auskommen. Ich fürchte nur, daß das Umgekehrte noch mehr eintreten wird, als es heute schon der Fall ist, nämlich, daß die Arbeiter vom Mehl nach dem Weizen ziehen, und zwar nicht das so lange so bleiben, als Herr v. Mirbach und seine Freunde im Osten ausschließlich das Regiment in der Hand haben. Im Uebrigen möchte ich dem Herrn Abgeordneten bemerken, daß sein weiterer Ausspruch: „hohe Lebensmittel geniren den Arbeiter nicht, wenn die Löhne nur im Verhältnis zu den Lebensmittelpreisen bleiben“, zwar richtig ist, daß aber leider seine Voraussetzung, daß hohe Lebensmittelpreise stets mit hohen Löhnen in Hand gehen, nicht zutrifft.

Der Umstand, daß wir genöthigt sind, nach dem Ausfall unserer Konkurrenzprodukte zu verkaufen, und daß wir dort auf dem Weltmarkt der Konkurrenz anderer Länder begegnen, zwingt uns, wenn wir diese Konkurrenz bestehen wollen, die Löhne auf das niedrigste Niveau herabzusenken. Wenn nun, wie es bei uns der Fall ist, die notwendigen Lebensmittel mit Steuern belastet werden, so werden zwar die Arbeiter

löbne dadurch nicht gehoben, weil die eben abhängig sind von der Konkurrenz auf dem Weltmarkt, wohl aber werden Rothhände veranlaßt, wie sie uns im Enquetbericht näher geschildert werden.

Wenn weiter Herr von Schorlemer meint, es sei weniger der Hoss auf Getreide, als die Kornbürste und der dort getriebene Wucher, welche das Brod verteuern, so stimmt ich ihm bis zu einem gewissen Grade bei. Das beweist aber nur, daß schließlich nichts mehr übrig bleibt, als auch auf diesem Gebiet den sozialistischen Weg zu betreten und die staatliche Organisation des Kornhandels in die Hand zu nehmen. Ohne dieses Radikalmittel werden Sie den Wucher und den Schwindel von der Kornbürste so wenig wegbringen, als sie ihn von der Handbürste durch Ihre Börsenfeuer wegbringen werden. Solche Giftplanen, wie sie sich da breit machen, müssen mit der Wurzel ausgerissen werden, dazu hat aber weder das Zentrum noch sonst eine Partei den Muth und die Lust und deshalb werden alle Ihre wirtschaftlichen Heilspästchen nichts zum Heile des Volkes nach sich führen.

Nur erklärte zum Schluß, für die Vorlage stimmen zu wollen, aber nur, weil er und die übrigen sozialistischen Abgeordneten sie als eine Rothhandvorlage ansehen.

— Ein „Lebemann“. Frey Eulenburg, Verfasser von „die Hinte schießt, der Zabel hant“, ist im „maison de santé“ in Schöneberg bei Berlin gestorben — am Säulenwahn. Die gesammte „anständige“ Presse widmet dem ehemaligen Konfliktminister die üblichen Nekrologien, und wenn sie überhaupt auf die Ursache seines Todes anspielt, so heißt es janzfälsch, er sei ein großer Lebemann gewesen. Ein Lebemann, wie hübsch sich das anhört! Ein Mann, der lebt, das heißt, ein Mann, der zu leben versteht. Aber wie, wirst hier ein ungeschuldiger Jüngling ein, weil der Mann zu leben verstand, darum ist er also vorzeitig gestorben? Das kann doch nicht stimmen. Besteht die Kunst zu leben darin, sich zu Tode zu lassen?

Freilich, unter Freund, freilich! Leben heißt freuen, saufen und b... Und wer das nicht glaubt, der ist ein Gottesläugner, ein Aufwiegler, ein Materialist, aber, wohlverstanden, das gilt nur für die „oberen Schichten“. Beim niederen Volk heißt's: umgekehrt wird ein Schuh draus. Da heißt leben Entbehren, Entbehren und noch einmal Entbehren! Also untersehe dich ja nicht, Arbeiter, wenn du einen janzweil hinter die Blinde siehst, etwa zu sagen, du seiest ein „Lebemann“. Du bist und bleibst ein Säuler, ein Fresser, ein Schwächling! So sehr's...

Wir sind keine Splitterrichter. Daß Frey Eulenburg mehr genossen als ihm gut war, ist noch lange nicht das Schlimmste, was er gethan. Aber festnageln wollen wir es doch, was die heutige Gesellschaft unter einem Lebemann versteht.

— Sehr gut. Im „Staatssozialist“ wehlagt ein Herr D. J. über den enormen Gewinn, den das Haus Rothschild bei der Konversion der ungarischen Goldrente gemacht, daß einem Sozialisten das Herz im Leibe lachen könnte. „Eine Wirtschaftsordnung“, schreibt dieser Biedermann, „welche es einem Einzelnen ermöglicht, in wenig Wochen die Mittel zu gewinnen, von denen hunderttausend Arbeiter ein ganzes Jahr lang leben können, ist ungefaßt und verberblich, selbst wenn jener Gewinn moralisch unantastbar wäre.“ — Sehr wahr, theurer Freund, und ebenso wahr, wenn Sie im weiteren Verlauf die geringe Wirksamkeit der Börsensteuer dagegen konstatieren, und nicht minder wahr, wenn Sie von der Börse selbst sagen, „ein Institut, das zehn Millionen (Börsensteuer) einbringt, ist ein Noli me tangere (Nährmichnichtan) für jeden Finanzminister.“ Weil Sie nun so brav waren, so wollen wir auch Ihre Schlussfragen beantworten:

Also: „Wo ist der Siegfried, der diesen Drachen zu tödten vermag?“ Antwort: Der Sozialismus.

„Wo der Gärtner, den den Giftbaum mit der Wurzel auströtet?“ Antwort: Die soziale Revolution.

„Wo der Staatsmann, der den echten König von dem Vörsenkönige befreit?“ Antwort: Kleiner Schäfer! Der „echte König“ kann ohne den Finanzminister, dieser aber, wie Sie sehr richtig bemerken, ohne den Vörsenkönig nicht bestehen; der rechte Staatsmann wird wohl der sein, der sie alle drei ab-schafft. Und nun raten Sie einmal, wer das sein mag?

— Der Betrüder Lehmann in Berlin hat Herrn Stöcker für die „innere Stadtmission“ 3000 Mark überredend lassen. Eine 300fache Anerkennung der Verdienste des edlen Hochpredigers als Antwort auf die Angriffe in der Berliner Stadtsynode, das ist gut! Nun wird das Geschweifel, daß man an allerhöchster Stelle die Judenbege nicht billige, wohl endlich aufhören.

Man bedenke, 3000, in Worten Zweitausend Mark! Bei dem Irthümlichen Geiz der Familie Lehmann eine Riesensumme.

— Christliche Arbeiterfreunde. Ein Blatt, welches in echt christlich-konservativer Arbeiterfreundlichkeit macht, ist die Bismarckische Königsberger „Ostpreussische Zeitung“. Ihre Arbeiterfreundlichkeit hat sich nun gelegentlich des in unserer Königsberger Korrespondenz behandelten Prophezen Hennig-Tausch glänzend bewährt. Wenn man den Bericht dieses sonderbaren Blattes liest, so sollte man meinen, die Hennig sei ein wahres Ungeheuer von Verlogenheit, Frechheit u., Tausch dagegen ein wahrer Waisenknaube, so rein, so schön, so hold. Ein „tragisches Geschick“ wollte es, daß Tausch die Hennig engagirte, tragisch nicht für die Hennig, sondern für den Tausch. „Wer mag es“, heißt es weiter, „Herrn Tausch bedenken, daß er der freien Person mit der Peitsche, die er noch immer in Händen hielt, einige Fiebe über rief?“ Eht christlich, nicht wahr? Nicht minder christlich ist auch die Unversöhnlichkeit, mit der bald die Hennig als Simulantin, ihre Schwäche als erkrankt hingestellt, bald behauptet wird, sie habe schon früher über Schwäche im rechten Arm geklagt und den Kopf schief getragen. Am abschließlichen ist aber das Plaudoyer des Staatsanwaltes — ein wahres Muster von Gefeschwäzchen, dieser Herr Häcker! Die Peitschenbege stehen auf jeden Fall fest, und demnach behauptet dieser chernverbe Mann, der Angeklagte sei „nicht über das der Dienstherrschaft aus § 77 der Gesindeordnung zustehende Zuchtigungsrecht hinausgegangen.“ Wir haben diese Gesindeordnung, dieses mittelalterliche Gesetz, das sich ebenso mit dem Christenthum der Herren verträgt, wie die Sklaverei, nicht bei der Hand, aber so reaktionär sie auch ist, daß Jemand seinen Dienstherrn mit der Peitsche schlage, gestattet sie denn doch nicht. Hätte das der Verteidiger des Tausch gesagt, so wäre die Sache begründet, aber der Staatsanwalt, der Schlichter und Wähler des Rechts, das ist denn doch selbst in Preußen neu. Freilich, Königsberg liegt sehr nahe an Rußland, und wenn die Herren für russische Zustände schwärmen, so wird man ihnen eines Tages auch russisch zu antworten wissen.

— Die Göttinger Studentenschaft ist glorreich benannt, glorreich für die Bangezeit und Adelsprüdigung. Die Burschen lassen sich nämlich herab, den Erlaß des Magistrats huldreich anzugenehmen, sie sprachen über ihre allerhöchste Mißbilligung über die Art und Weise der Ausführung aus und verlangten die Abberufung des betreffenden Polizeikommissars. Dagegen erklärte ihnen der Bürgermeister, daß und wehmüthig, es möge bei Verurteilung der „schlagenerwerbigen“ Thatsachen bei Gericht eine milde Auffassung vorwalten.

Wenn Arbeiter sich in einer noch so gerechtfertigten Angelegenheit zusammenscharen und ihrem Unmuth Ausdruck geben, dann werden zunächst exemplarische Maßnahmen getroffen, ehe man sich überhaupt herbeiläßt, nach den Ursachen zu fragen (Vgl. die vorjährigen Urtheile auf der Radzionankstraße u.). — Milde Auffassung

— exemplarische Bestrafung, das nennt man „Mildeheit vor dem Gesetz“!

Wer lacht da?

— Unverschäm! In seiner Begrüßungsrede an den in Frankfurt tagenden Journalistentag äußerte der Kommunist Riquel folgendes große Wort: „Die Presse ist ein freies Gewerbe. Wer Gedanken hat, kann schreiben und drucken lassen.“ — Ist so etwas erhört? Vor Leuten, die denn doch die Verhältnisse kennen sollten, magt es dieser national-liberale Oberbürgermeister von Volkspartei's Guaden, eine so offensbare Lüge hinauszupressen! Und unter sämtlichen versammelten chernverbe Journalisten, die sich gegenseitig beweidelnd schauten, sie hätten gerade in jener Zeit dem Volke vorzulesen, damit es nicht den Muth verliere, fand sich nicht Einer, der aufgesprungen wäre und Protest gegen die Schönfärberei eingelegt hätte. Wenn die Herren Journalisten nur einen Funken Gefühl für die Würde der Presse gehabt hätten, so hätten sie nicht nur gegen diese Worte Protest eingelegt, sondern direkt erklären müssen: So lange das Ausnahmengesetz besteht, ist die Presse, ist der Gedanke gefaselt, das Ausnahmengesetz ist eine der Neuzeit unwürdige Proskription der freien Kritik, so lange es besteht, ist der gesammte Journalistenstand als unmündig erklärt.

Indeß, wer wollte von den deutschen Literaten Gefühl für Würde und Unabhängigkeit erwarten. Das ist wirklich zu viel verlangt!

— In Sachen Hillmann und Genossen“ wurden seit einiger Zeit in ganz Deutschland Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und ähnliche Schurkereien verübt, ohne daß die Welt etwas darüber erfahren hätte, was eigentlich Hillmann und Genossen angegriffen haben. Die Sache wurde uns schließlich zu hant, wir fragten daher in Elberfeld an und erhalten jetzt folgenden lustigen Bescheid:

„Wie der „Prozess Hillmann“ mit den vielen Hausdurchsuchungen zusammenhängt, weiß hier Niemand. Etwas im Januar leitete man in Düsseldorf und Elberfeld eine Untersuchung ein, in welcher wohl einige Dugend als „Angeklagte“ vernommen wurden, weil sie an einer oder auch mehreren geheimen Zusammenkünften theilgenommen haben sollten, in denen Gelder gesammelt und über den Kongress berichtet worden sein sollte. Ein Grüner soll es seinem Vater erzählt und dieser es dem Gensdarm irgend eines umliegenden Dorfes mitgetheilt haben, daß ein alter Mann in einem Steinbruch eine Rede gehalten habe. Da der Steinbruch im Walde fast der Grenzpunkt zwischen Solingen, Burg, Remscheid, Wermelskirchen und Lennep ist, so war es nicht wunderbar, daß alle „Bekannt“ aus allen diesen Kreisen als „Angeklagte“, der Eine heute hier, der Andere morgen dort, vernommen wurden. Als Spartenleiterpräsident hatte man keine Zeugen, sondern nur Angeklagte geladen. Es ist natürlich, daß Niemand etwas wußte noch auslegte. Vor etwa 3 Wochen erhielt Hillmann Bescheid, daß die Untersuchung geschlossen sei. Anklage ist noch nicht erfolgt. Wie gesagt, der Prozess Hillmann kann mit den Hausdurchsuchungen in Sachsen und Süddeutschland nicht im Zusammenhange stehen.“

Herrlich! Etwas dunkel zwar, Aber's klingt recht wunderbar!

mühten wir mit Don Acordo ausdrücken, wenn die Sache nicht so verdammt ein-sach wäre. Ist es denn nicht ganz selbstverständlich, daß wenn man Beweismaterial über eine in Elberfeld stattgehabte geheime Versammlung braucht, zunächst in Stuttgart, Offenbach, Mannheim, Dresden, Breslau, Pottswig, Schilda und Schönefeld nachgeforscht wird? Nichts natürlicher als das, und wer es nicht einseht, ist gar nicht werth, Angehöriger des heiligen preussischen Reiches deutscher Nation zu sein.

„I sind doch Proskripte, unsere Staatsretter! Es wird uns manchmal recht schwer, die Hände so zu haßen, wie sie es verdient. Wären die Kerle nur ein Viertel so geschickt, als sie schlecht sind, so könnte man sich beinahe vor ihnen fürchten. Aber dumm, faul und gefräßig, so ist einer wie der andere. O Bismarck, Du wirst wirklich schlecht bedient!“

— Sonderbare Schwärmer, diese fortschrittlichen „Republikaner“! Klagen fortwährend über Reaction, über Rückschre zu mittelalterlichen Institutionen, und sind dabei noch obenan, wenn es gilt, mittelalterliche Schwächen zu fördern. Begeistert sich da neuerdings in der „Berl. Volkszeitung“ ein sonst leidlich vernünftiger Mitarbeiter für die Wiederherstellung der Marienburg. Cui bono, zu wessen Nutzen? Ist es in Westpreußen denn gar so hell, daß Ihr nöthig habt, den Sinn für Institutionen zu wecken, die sich längst überlebt haben? Wir möchten, selbst Fortschrittler hätten Grund, auf andere Dinge ihren Sinn zu richten.

Es wird überhaupt wieder stark mit dem Mittelalter gesunkert, so daß wir große Lust haben, mit einem kräftigen Wörtlein dazwischen zu treten. Für heute wollen wir nur mit Götze Amerika beneiden, von dem der Altmeister mit Recht sagte:

„Dich löst nicht im Innern,
Aus alter Zeit
Unmüthiges Erinnern
Berglicher Streit.
Benutzt die Gegenwart mit Gilt;
Und wenn dann Deine Kinder dichten,
Vorwahr sie ein gutes Geschick
Vor Ritter-, Räuber- und Wespenshergesichten.“

Und mit Glasbreiner, der sonst nicht ohne Mann war, wollen wir feststellen:

Doch das Becke an Ruinen
Ist, daß sie Ruinen sind!

— Eine deutsche Banerpartei flücht in verschiedenen Zeitungen ihr Erscheinen an. Sie entspringt der Ufermark und trägt einen echt bismarckischen Charakter. Dadurch, daß sie Groß- und Kleingrubbesitzer umfassen will und behauptet, daß die Interessen beider die gleichen seien, dokumentirt sie, daß sie nichts anderes ist als eine Banerpartei der Partei. Die kleinen Banern sollen für die großen die Kassen aus dem Feuer holen.

Ein Passus in dem Ausruf freut uns trotzdem. Es heißt da: „Standesgenossen! Nur wenn wir und selbst helfen, kann uns unser Koffer und sein Kautler helfen.“ — So ist's recht; verbreitet nur diese Ueberzeugung so weit ihr könnt im Landvolke, wir werden schon dafür sorgen, daß eines Tages die richtigen Konsequenzen gezogen werden, und auch der Bruder Bauer in Heine's Worte einstimmt:

„Bedenk ich die Sache ganz genau,
So brauchen wir gar keinen Koffer.“

— „War wohl je ein Mensch so frech, als der Bürgermeister Tschöck“ — Dieses schöne Lied läßt laut Beschluß des Nürnberg'schen Polizeigerichts, „keine sozialdemokratischen, sozialistischen oder kommunistischen Aufstellungen“, und ist daher auch nicht auf Grund des Sozialistengesetzes zu verbieten, da gegen — und nun kommt der hinkende Bote, bleibt zu „ermögen“, ab nach dem Inhalte des Liedes nicht Anlaß zu einer Einschreitung auf Grund des Reichs-Strafgesetzbuches geboten sei.“ Wir sind wirklich neugierig, was das Landgericht Nürnberg, vor dem die Sache jetzt zur Entscheidung kommt, über den armen Bürgermeister Tschöck entscheiden wird. Vertrauen sie ihn, dann empfehlen wir unseren Banern als Ersatz das nicht minder schöne Lied:

„Oskar Becker hieß der Mann,
Der das Attentat erlamm.“

— In Frankfurt am Main ist ein Berliner Ausgewiesener, als er das Londoner Jungblut „Gullich“ an das Ausweisungsgesetz anklagen wollte, verhaftet worden. Wie die dortigen Blätter behaupten, habe er die Sache zu ungeschickt angefangen, daß er abgefaßt werden mußte. Aus Anlaß dieser Verhaftung sind sobann sechs weitere theils in Bockenheim theils in Frankfurt am Main vorgenommen worden. Der

Name des „Ausgewiesenen“ wird sonderbarer Weise nicht mitgetheilt.

— Am 2. Juni wurde Genosse Wilh. Hoderberger, Wieser, in Frankenthal auf Antrag der Mannheimer Behörde verhaftet, wobei folgender brutaler Akt zu verzeichnen ist: Hoderberger wurde auf seiner Arbeitsstelle abgeholt (ohne daß er sich waschen oder seine Kleider wechseln durfte) und mit einer Kette geschlossen abgeführt. Am Bahnhof brachte ihm seine Frau seine beiden Kinder entgegen und als Hoderberger sie zum Abschiede küßeln wollte, rief sie ihn der ihn verhaftende Brigadier — eine Besie in Menschengefaßt — gefühllos zurüd. Hoderberger ist als einer der tüchtigsten und gebildetsten Arbeiter Frankenthals bekannt, und daher diese Rohheit.

— Aus dem Bupperthal theilt man uns noch mit: der Polizeilump Karl Leberkus, Haffelmann'schen Angeklagten, drängt sich zeitweilig wieder in parteigängliche Kreise. Wir warnen allerseits vor diesem mehr als zweideutigen Subjekt.

— Verbieten wurden in Mainz auf Grund des Sozialistengesetzes: Der Gesangsverein „Frohlinn“ und der Vergnügungsverein „Heiterkeit“. — Frohlinn und Heiterkeit verboten, das ist wirklich nicht übel.

— Aus Oesterreich schreibt man uns: Der künzer Arbeitertag ist vom Statthalter von Oberösterreich, Fürst Metternich, untersagt worden, und zwar, weil „derselbe als eine allgemein zugängliche Versammlung anzusehen sei“. Grund: Es sei zum Beluche des Arbeitertages in mehreren Blättern aufgeführt worden. — Nach der Meinung des weisen Statthalters hätte somit der Arbeitertag nur dann stattfinden dürfen, wenn die Eimberaner Niemand dazu eingeladen hätten. Was dem Bauernkomite erlaubt war, ist also bei Arbeitern gesetzwidrig. Man will mit Gewalt verhalten, daß die Arbeiter sich offen und innerhalb der eugen Schranken der Gesetze über ihre Verhältnisse aussprechen und berathen, wie die Uebelstände zu beseitigen wären. Für uns Arbeiter gibt es in Oesterreich kein Versammlungsgesetz mehr, es scheint fast, als ob man uns mit Gewalt zu geheimen Organisationen zwingen will, um unsere thätigen Elemente desto sicherer hinter Schloß und Riegel zu bringen.

Wenn Fürst Metternich glaubt, auf solche Weise den Staat retten oder die soziale Frage lösen zu können, dann irr er sich. Arbeiter Oesterreichs! Die Wäzler unserer Herrscher kennt uns gegenüber kein Gesetz, warum sollten wir uns um dasselbe kümmern? Tretet heraus aus Eurer Indifferenz, organisiert Euch! Wer die Gefahr schaut, kommt darin um, sagt ein altes Sprichwort. Darum kämpft unerschrocken und mit Ausdauer für unsere Sache, der Sieg kann nicht ausbleiben, der Tag wird kommen, wo auch wir Genugthuung erhalten werden.

— Aus Oesterreich. Ueber die Verhaftungen in Salzburg wird uns geschrieben: Diese Verhaftungen schlichen sich so unmerklich an die Anwesenheit des Hgr. J. aus Wien, der hier vergeblich verfuhrte, für die Donauer „Freiheit“ zu agitieren, daß wir alle überzeugt sind, wir verdanken ihm diesen Liebesdienst. Kaum war er pämlisch fort von hier, so wurde zunächst Genosse Müller behauptet und verhaftet. Bei Müller hatte man Briefe von Staat in Wien und Schnaubelt in Siey vorgefunden, woraus auch diese Genossen verhaftet und wie gemeine Verbrecher geschlossen nach Salzburg transportiert wurden. Dann wurden die Genossen Pinzner, Marschall und Seidler verhaftet.

Nun kommt das Schönste nach. In ganz Salzburg wurde ausgepresst, die Sozialisten hätten bei der Salzachbrücke den Zug, mit welchem die belgische Prinzessin nach Salzburg komme, in die Luft sprengen wollen, und zwar vom Gasthaus zur Gast aus. Der Wirth und sein Personal wurden verhaftet, das ganze Lokal durchsucht, alle Ecken und die Regalbahn aufgerissen, ja selbst die Regalstangen eingehend untersucht — natürlich ohne Resultat. Das Gasthaus wurde dann von sieben Polizisten Tag und Nacht bewacht, jeder Aus- und Eingehende durchsucht, ebenso wurde die Bahnhöhe von Polizisten besetzt, bis der Zug vorbei war.

Da man aber absolut Sprengmaterial brauchte, so fand man solches schließlich in einem nahegelegenen Steinbruch, woselbst man auch einige Arbeiter verhaftete.

Ferner wurden in sämtlichen Schuhmacher-Werkstätten die Arbeiter abgefragt, ob sie an der Identunterhaltung, in welcher Jinnar gesprochen hatte, anwesend gewesen wären; wer ja sagte, wurde gleichfalls verhaftet. Im Ganzen sind jetzt 30 Personen, darunter noch die Genossen Samahorn, Gattinger, Köhler, Härtel und Bauer, sowie des letzteren Geliebte. In dem Einzug der Belgierin kamen von Wien mehrere Dugend Spitzel circa herbei. Als ein Arbeiter zu einem anderen sagte, wie wird's wohl denen in der Haft gehen, wurde er von einem Geheime gepackt und angepöbeln: Sie wissen auch davon, kommen Sie nur gleich mit. Gleichfalls verhaftet wurde eine Frau, die sich gelüßert hatte, wann ein armer Teufel heirathet, dann macht man nicht so viel Geschichten.

Es soll einen großen Prozess abgeben, wir wissen nicht, wie wir die Kosten anbringen sollen, die Roth unter den Angeklagten der Verhafteten ist sehr groß.

Von anderer Seite wird uns noch über die gleiche Angelegenheit geschrieben: Die Seele der ganzen Angelegenheit ist wahrscheinlich das Schusel von Statthalter — Thun heißt der Schuß — ein Sozialistenfresser ersten Ranges, der schon 1849 erklärte, so lange er im Amte sei, werde die Arbeiterbewegung in Salzburg nicht aufkommen. Außerdem wollten sich die Polizeihauptleute wieder einmal wichtig machen und dem Spießbürger ihre Unentbehrlichkeit vor die Augen führen, wobei ihnen J durch Beamtenbesuche u. wahrscheinlich gute Dienste geleistet hat.

— Aus Frankreich. Der in Paris tagende Arbeiterkongre Mittelfrankreichs hat seine Arbeiten am 2. Juni beendet. Seine Sitzungen waren fast ausschließlich der Diskussion theoretischer Fragen gewidmet in Bezug auf die praktische Thätigkeit belief man es beim Alten. Betreffs der bevorstehenden Wahlen wurde beschlossen, nur als selbständige Arbeiterpartei auf dem Boden des Klassenkampfes einzutreten und auf das in Paris bestehende Zentralkomitee der sozialistischen Arbeiterpartei verwiesen. Der Delegirte des Nordbundes forderte in der Schlussagung die verschiedenen Vereine energisch auf, sich an dem nach Zürich einberufenen Weltkongreß zu betheiligen, und unter dem Rufe: „Es lebe die soziale Republik!“ gingen die Delegirten auseinander.

Auch in Vordcauz hat eine Protestversammlung gegen die Gewaltthaten der russischen Regierung stattgefunden. Gegen 5000 Personen nahmen daran Theil; es sprachen Fr. Courmet, J. Rose und Louise Michel. Einige Störungenveruche mißglücken.

Das Begräbniß des positivistischen Philosophen Littré hat zu einem kleinen Standal geführt. Littré war ein großer Feind der Kirche, seine kirchlich gefasste Frau und Tochter hatten ihn aber, als er auf dem Todtenbette lag, taufen lassen und ließen ihn auch kirchlich begraben, wogegen seine Freunde und Gesinnungsgenossen vergebens protestirten. Am Grabe kam es dann zu einem kleinen Rabau. — „Freisinnige“ deutsche Blätter loben die Toleranz Littré's, der, obwohl er Freidenker war, nie mit seiner Frau über religiöse Dinge gesprochen hatte. Wie können uns für eine solche Toleranz nicht begeistern, hinter ihr steht gewöhnlich nur Indifferenz oder geistiger Hochmuth. Wer sich mit einer herunteren Frau wählst, sein Kind in religiösem Aberglauben erziehen läßt, der ist es werth, daß sie ihm schließlich solche Streiche spielen.

Herr Littré machte auch, wie alle Positivisten, in Sozialismus — derselbe war aber auch danach. Er gipfelt in der Schaffung einer wissenschaftlichen und geistigen Aristokratie. Wir aber wollen, wie Em. Masard im „Citoyen“ am Schluß eines Artikels über Littré richtig bemerkt,

ebenfalls eine wissenschaftliche Oligarchie wie eine finanzielle; Wohlstand und Wissen sollen Allen in gleichem Maße zu Theil werden.

— In Cetta ist am 6. Juni der Regionalkongress der Arbeiterpartei für Ostfrankreich eröffnet worden.

— Aus London, 4. Juni, schreibt man uns: In Irland wird die Lage immer drohender, die Haltung der Regierung immer konfus. Tout comme chez nous — nachdem der erste Schrecken des Zwangsgegesetzes vorüber ist, erwacht der alte Geist von Keinem und um so siegesgewisser. Der Widerstand gegen die Pächterrevisionen wird immer entschlossener und wirksamer. In Cetta ist es bereits zwischen ungefähr hundert Konstablern, welche 33 Pächter aus ihrem Heim vertreiben wollten, und der wütenden Volksmenge zu einem förmlichen Kampfe gekommen, bei dem man sich auf beiden Seiten der Feuergewehre bediente. Dünlan Castle bei New-Pallas ist noch immer nicht „erobert“,*) obgleich es nach Parnell nur von einem alten Manne vertheidigt wird. Die Kanonen, mit denen man es bezwingen wollte, konnten nicht hingeschafft werden, weil die Bevölkerung von New-Pallas alle Wege unsicher gemacht und alle Brücken abgebrochen hatte. Jetzt sind 600 Mann Verstärkung von Dublin abgegangen, um die furchtbare Festung einzunehmen. Nicht erbaulicher Klänge die Berichte von der Insel Arran. Auf diesem unfruchtbaren Eiland sitzen mühselig einige Familien ihr Dasein, in einer Weise, daß es selbst dem Irlander elend erscheint — auch sie sollten wegen rückständiger Pachtzinsen von Haus und Hof vertrieben werden, und das Kanonenboot „Goshaw“ wurde abgefeuert, die Eviction (Austreibung) zu erzwingen. Die verweilenden Inselbewohner aber wehrten sich so energisch, daß die 5 Boote des „Goshaw“ beim Versuch zu landen theils versenkt, theils so arg zugerichtet wurden, daß sie sich zurückziehen mußten, worauf der „Goshaw“ ein Kanonenfeuer gegen die Rebellen eröffnete. Die Rekruten der Polizei reichen also schon nicht mehr aus.

So die Berichte der englischen Blätter, welche keine Ursache haben, zu übertrieben, vom „Kriegsschauplatz“ — und man kann wohl sagen, daß der Krieg Irlands gegen England erklärt ist, ein Guerillakrieg, der entscheidende Schlüge vermeidet und den Feind langsam verbluten läßt. Es ist wunderbar, zu sehen, wie die Irlander jeder Verführung zu widerstehen wissen, sich in Masse zu erheben und große Schlachten zu liefern, in denen sie sicher niedergeschlagen würden. Freilich ist ein sozialer Guerillakrieg wie in Irland nur dort möglich, wo das ganze Volk auf Seiten der Rebellen steht. Das Räuberwesen in Südrussland und Süd-England ist nur eine andere Erscheinungsform desselben Kampfes, erzeugt hier wie dort durch die Kautindien, die Loslösung der Volksmassen von Grund und Boden, und hier wie dort vom Volke unterstützt. Die irischen Zustände sind denn auch analog den italienischen und ungarischen aufzufassen, es wäre ganz irrig, von Irland eine Revolution nach dem Muster der Arbeitererhebungen zu erwarten.

Kritisch ist die Haltung der Regierung in der irischen Affäre. Die Beratungen der Landbill nehmen ihren Schwelgenang — ist sie vom Unterhaus in dritter Lesung angenommen, dann wird es noch Sache der Lords sein, wochenlanges Geschwätz über sie zur Rettung des Eigentums und Herstellung der Ordnung zu halten. Und während dem besteht die ganze Weisheit des Ministeriums im Belagerungszustand. Bei seiner Dummheit besitzt es aber nicht einmal die Frechheit des preussischen Junkers, der Alles, auch die größte Gemeinheit, als notwendig darzustellen versteht.

Die letzte Sitzung des Unterhauses gab ein hübsches Pröbchen von der Hilflosigkeit Gladstone's und Konsorten. O'Brien fragte, warum über gewisse Grafschaften Irlands der Belagerungszustand verhängt wurde. Der Attorney General für Irland erwidert, weil — das Ministerium es für seine Pflicht hielt. Raymond fragt, ob es gesetzlich sei, daß die Polizei im Kissen sich gewaltiam in den Besitz von Wagen setze, wenn ihr dieselben verweigert werden. Der Attorney General weiß nichts davon, kennt aber einige Statute, die das erlauben. Parnell wünscht diese kennen zu lernen. Der Attorney General erklärt nochmals, es gebe solche Statute, er könne sie aber jetzt nicht angeben. (!) O'Donoghue, Parnell und Genossen erklären das Ministerium als Urheber der Revolte in Irland, weil es die Ausstreibungen, statt sie zu hindern, noch fördert. Mr. Macartney erklärt, viele irische Landlords hätten nur die Wahl, ihre Renten gewaltiam einzutreiben oder zu verhungern. (!) Der verhungerte irische Landlord erregt großes Mitleid bei den Home Katern. O'Connor fragt den Premier-Minister, ob er die Verewnung eines Kanonenbootes gegen die Pächter auf Arran billige. Herr Gladstone erklärt, er wisse nichts von der Sache, der Admiral von Queenstown habe bloß telegraphiert, daß die Berichte der Blätter falsch seien. Lord Churchill fragt, ob es wahr sei, daß Dünlan Castle bei New-Pallas sich noch in den Händen der Aufständlichen befinde. Der Attorney General erklärt, er wisse nichts davon, werde aber Erkundigungen einziehen. (!) Und so fort.

Das sind die Männer, welche Irlands Schicksal in den Händen haben — Feigheit, Dummheit und Gemeinheit haben sich in dem Ministerium Gladstone die Hände gereicht. Den Rednern des morgigen großen Meetings im Hyde Park, das die englischen Radikalen einberufen haben, um gegen die irische Politik Gladstone's aufzutreten, wird die Sache leicht werden.

Ueber den Prozeß Ross ist diesmal nichts zu berichten. Das Strafmaß wird erst am 22. Juni festgesetzt werden. Dem Vernehmen nach ist auch gegen die englische „Freiheit“ ein Prozeß eingeleitet worden. Herr Harcourt lassen Gladstone's Vorbeeren nicht schlafen. J. S.

— Aus Rußland laufen allerlei Gerüchte ein, denen gewöhnlich ein offizielles Dementi auf dem Fuße folgt. Es ist dabei nur immer schwer zu entscheiden, was weniger Glauben verdient, die Gerüchte oder die Dementis. Den Bericht der letzteren kennt man bereits, in Bezug auf die erheben scheint namentlich in Lemberg und Paris stark gestimmert zu werden. Mehr Vertrauen dürfte in russischen Angelegenheiten die „Rölnische Zig.“ verdienen.

In Watschina soll man ein Dynamitlager entdeckt haben, worauf dreißig Offiziere verhaftet worden seien. Graf Kurawiew, ein Enkel des berühmten Gouverneurs, ist unter der Auflage, der nihilistischen Partei angehört zu haben, verhaftet worden. Eine neue Proklamation des Exekutivkomite's macht die Kunde durch die ausländische Presse, ob sie echt ist, wissen wir nicht. Die vor ungefähr vier Wochen veröffentlichte, der Form nach sehr gemäßigte Proklamation soll dagegen authentisch sein.

Von der Anarchie, die in Rußland herrscht, zeugt die Thatsache, daß selbst die „Kowaja Wremja“, sonst royal, gegen die Goldverläufe, vermittelt deren die Regierung den Kurs künstlich hochhalten will, protestirt. Das Vertrauen ist vollkommen untergraben. In Kiew, Berdow und anderen großen Industriecentren im Südwesten sollen, wie man den „Daily News“ telegraphirt, beschlossene haben, die Wechsel nicht mehr zu honoriren, so daß Diskontierungen auf größte Schwierigkeiten laufen. Im Nordwesten haben die Mehrzahl der größten Kaufleute beschlossene, in diesem Jahre von der Reise von Rishanow-Rowgorod, der größten Rußlands, Abstand zu nehmen. Großkaufleute, Bankiers etc. haben ihre Familien ins Ausland geschickt, und regeln ihre Angelegenheiten, um nachfolgen zu können etc. etc. Kurz, es herrscht in allen Kreisen Rathlosigkeit und Unsicherheit, die sichersten Vorzeichen einer Revolution.

In Warschau sind wieder acht Sozialisten, darunter vier Arbeiter und ein Mädchen, Sophie Plechowka, wegen „sozialistischer Umtriebe“, zu unmenslichen Strafen verurtheilt worden. Auch ihren Verfolgern!

— Arbeiterpresse. Aus St. Louis geht uns die erste Nummer des „Carpenter“, monatliches Organ für Tischler und Zimmerleute zu.

*) Neuerdings doch.

Die ersten drei Seiten des Blattes sind englischer, die letzte in deutscher Sprache. Wir wünschen dem Mitstreiter für die Befreiung der Arbeiter guten Erfolg.

Korrespondenzen.

— Königsberg i. Pr., 18. Mai. Polizeinspektor Tausch (freigesprochen, vor längerer Zeit*) berichteten wir, daß Polizeinspektor Tausch sein Dienstmädchen Wilhelmine Hennig bei einem kleinen Unfall mit einer Reitpeitsche auf eine so unmenslich rohe Weise geschlagen hätte, daß dieselbe sofort krank geworden und dann dem Siedethum verfallen sei. Dr. Jhlo hatte damals die Kranke zwei Tage nach dem Vorfall untersucht und Klagen, Genick und Arme mit grünen und blauen Flecken bedeckt gefunden, und Medizinalrath Dr. Vincus hatte ein Attest ausgestellt, welches ungefähr das Gleiche besagte, freilich ohne zu wissen, daß es gegen Tausch in Anwendung gebracht werden sollte. Professor Medizinalrath Dr. Schönborn und Dr. Stadelmann (letzterer hat die Kranke fünf Monate später in der Klinik des erkrankten behandelt) gaben ferner ihr Gutachten dahin ab, daß als Ursache ihrer schweren Leiden die Schläge zu betrachten wären, welche sie erhalten.

Das Mädchen stellte nun, unterstützt von einem edel denkenden Kaufmann, einen Strafantrag, welcher sowohl vom Staatsanwalt als auch vom Oberstaatsanwalt zurückgewiesen wurde und wurde endlich beim Justizminister vorgelegt, welcher (wie die konservative Centr. Zeitung schreibt), da auch bereits stark die öffentliche Meinung insinuiert wurde, anordnete, damit Friede im Lande sei, solle die Sache ihren Verlauf nehmen. Und sie nahm am 10. v. M. im Audienstermin vor der Strafkammer des Landgerichts ihren Verlauf.

Die Reitpeitsche verwandelte sich plötzlich in eine Kinderpeitsche, welche Herr Tausch „zufällig“ in der Hand hatte und mit der er der Hennig, wie das vorgenannte Blatt schreibt, „einige Hiebe übertrug“. Da Herr Tausch unverheiratet mit seiner Schwester wirthschaftet, so ist nicht ersichtlich, zu welchem Zweck er eine Kinderpeitsche braucht. Uebrigens dürfte sich in den Händen des Tausch eine gewöhnliche Reitpeitsche wie ein Spielzeug ansprechen und wenige Hiebe genügen, um einen Menschen krank zu schlagen. Die 100 Mark, welche er der Hennig als Schmerzensgeld auf ihr Verlangen (?) durch Kriminalhauptmann Vange insandte, und wofür sie erklären sollte, daß sie in jeder Beziehung betrieblig sei, waren jedenfalls nur ein Zeichen seiner humanen Denkart.

Das Urtheil der Herren Aerzte über den Zusammenhang der Schläge mit der jetzigen Krankheit änderte sich, nachdem einige mit Tausch befreundete Professoren ingezogen waren, dahin, daß die H. wahrscheinlich schon früher krank gewesen sei und jetzt die Sache übertrieb, wenigstens sei auch schwer zu leiden habe.

Der Staatsanwalt hält nun, gestützt auf das Urtheil der Sachverständigen, eine schwere Körperverletzung für nicht erwiesen und beantragt, weil, was das Maß der Züchtigung betrifft, Herr Tausch als unbescholtener Mann, gewissenhafter Beamter und ehrenwerther Offizier nicht über das ihm aus § 7 der Gefängnisordnung zühende Recht hinausgegangen sein dürfte, die Freisprechung, die denn auch erfolgte.

Die hiesige Presse gibt sich alle Mühe, die Sache als eine Intrigue hinzustellen, vielleicht von einem höheren Beamten ausgehend, der auf seine (des Tausch) Stelle spekulire und möchte gerne dem Publikum gegenüber die Worte des Senats von Savern:

„Dies Kind, kein Engel ist so rein,
Vag's Eurer Hand empfohlen sein“

auf ihn in Anwendung bringen, allein der Volksmund hat für diesen Fall schon ein passenderes Sprichlein, dasjehle lautet: Eine Krähe hat der andern die Augen nicht an!

C. Th. Vom Rain. In den letzten Tagen ging bei uns wieder lautig zu. Genosse E. Frohme in Bodenheim hatte eine „gründliche Hausreinigung“ zu bestehen und wurde durch Wirthnahme mehrerer Mannskräfte nicht unerheblich in seiner Thätigkeit gehemmt. Beim Genossen E. Ulrich in Offenbach wurde auch gehäusucht und zwar so gründlich, daß selbst seine Kleider, die er am Leibe hatte, nicht verschont blieben; mitgenommen wurde bei letzterem aber nichts. Grund dieser Besuche soll eine Requisition von Eiberfeld sein, wo man zu glauben scheint, ein früherer sozialistischer Prozeß könnte die Polizei für die letzten Niederlagen entschuldigen.

— München, 23. Mai. Zur Situation hier sei bemerkt, daß nach den letzten sensationellen Ereignissen wieder Todesfälle eingetreten ist, ich meine bei der löblichen Polizei; es finden auffallend wenig Hausdurchsuchungen statt — man kennt ja den Rummel und richtet sich darnach. Diese „Besuche“ gelten dabei meistens Leuten, die sehr wenig in der Partei bekannt sind und überhaupt bei dem jetzigen Stand der Dinge keine Fühlung haben.

Unterbrochen wurde die „Pauze“ nur durch die Verhaftung des Genossen Vogel aus uns bis jetzt unbekanntem Gründen; man hat Vogel, scheint es, lebendig begraben. Er darf allem Anschein nach nicht schreiben, und alle Nachfragen haben sich jetzt einmal zu dem Resultat geführt, daß wir erfahren konnten, in welchem Geleitzniß er untergebracht ist. Diese Schurken arbeiten mit einer Gemeinheit und Niedertracht, die empörend ist. Nächstens Nürnberg.

Daß das Sozialistengesetz meistens „Aberdenkende“, und zwar sehr hart trifft, beweist ein Fall, der vor 14 Tagen im Landgericht gegen den Schreinergehülfen Baum wegen Verbreitung verbotener Flugblätter zur Aburtheilung kam. Baum erhielt vier Wochen Gefängniß, die aber durch die nahezu dreimonatliche Untersuchungshaft erstanden sind. Unerbört raffiniert! In Wirklichkeit gab Baum 1 Expl. Ungeziefertod einem Bekannten, wurde demnächst, drei Monate Untersuchung, Verurtheilung — um sich nicht zu bismiren! — und München und Bayern sind gerettet. Baum ist ein ganz indifferenter Mensch.

Im Uebrigen wird wacker von den Genossen gearbeitet, um nach unter dem Druck des Ausnahmegesetzes die „Ehre Münchens“ zu retten. Ein Flugblatt für die Kleinbürgerlichen und indifferenten Kreise berechnete, hat sehr glänzend gewirkt und wird mündlich und in der Presse vielfach besprochen und zwar eingehend. Erfolg über Erwarten glänzend. Wird fortgesetzt werden. Abonnentenzunahme andauernd. Alles inthut. Waffenfriede.

— München, 1. Juni. Ueber den Fall Vogel ist heute erst Nicht geworden. Vogel befindet sich zu unserem großen Erstaunen in Augsburg. Er hatte mit einem dortigen Genossen in Korrespondenz gestanden, und wurden bei einer Hausdurchsuchung einige Briefe von Vogel vorgefunden, Grund genug, ihn zu verhaften und nach Augsburg zu transportiren.

Ganz besonders empörend ist noch, daß hier anfangs keine Polizeisache etwas von dem Schicksal Vogels wissen wollte. Ueber Pfiffer, zu dessen Ressort der Fall gehört, nach der erste Staatsanwalt ließen sich herbei, Ansuchen zu ertheilen, alle Anfragen waren erfolglos.

An eine Verurtheilung Vogels glaubt hier Niemand, obwohl wir vor unfreiem ehrenwerthen Richterhand allen Respekt haben.

— Kopenhagen, 28. Mai. Die Sozialdemokraten stellten bei den diesmaligen Wahlen zur Volksvertretung in dem 5. Kopenhagener Wahlkreis den Schneidermeister Holm auf. Derselbe erhielt eine bedeutend größere Stimmenzahl als unsere früheren Kandidaten, so daß ein Fortschreiten der Bewegung sichtbar zu erkennen ist. Auf ein Durchbringen unfreies Genossen war nicht gerechnet worden. Die wüste Agitation des „Herolden“ gegen den „Sozialdemokraten“ wird wohl jetzt bald zu Ende sein; denn der Leiter desselben, Briz, ist heute morgen gestorben.

Georg von der Oberwied.

*) Nr. 39 des „Sozialdemokrat“ von 1880.

Sprechsaal.

Werthe Redaktion!

Obgleich ich ungerne den Raum unseres Blattes für dergleichen Dinge in Anspruch nehme, so möchte ich Sie doch bitten, der nachfolgenden Berichtigung die Aufnahme nicht zu verweigern.

In Nr. 22 der hier erscheinenden „Freiheit“ befindet sich ein Bericht über eine vom „Komm. Arb.-Bild.-Ver.“ in 49 Tottenham Str. einberufene Volksversammlung, in welcher ich das deutsche Referat übernommen hatte.

Der Bericht enthält, bezüglich des von mir Gesagten, so viel Unwahrheiten, daß ich es für notwendig halte, auf diesem Wege eine Richtigstellung zu veranlassen.

Was ich bezüglich der Attentate resp. Anwendung der Gewalt gesagt habe, ist folgendes:

„Wir halten zwar dafür, daß durch Attentate unser Zweck, die Errichtung des sozialdem. Volksstaates nicht erreicht wird; wir können aber auch ein Attentat für kein Verbrechen, am allerwenigsten aber für ein gemeines Verbrechen halten. Ich für meinen Theil halte solange ein Attentat für ein ziemlich nutzloses, wenn nicht gleichzeitig eine revolutionäre Partei Maßnahmen trifft, welche geeignet sind, die Thronfolge zu verhindern und die Regierung an sich zu bringen.“

Solange dies nicht der Fall ist, und man die Thronfolge zuläßt, wird sich immer der Satz bewähren: „Der König ist todt, es lebe der König!“ ins russische übersezt: „Der Tyrann ist todt, es lebe die Tyrannei!“

Ich betrachte das Attentat vom 13. März als ein Resultat des Kampfes, der jetzt in allen zivilisirten Ländern zwischen Proletariat und der herrschenden Klasse geführt wird.

Dieser Kampf fordert Opfer, und auch unsererseits fallen in diesem Kampfe manche Opfer, für welche wir von unsern Gegnern kein Mitleid fordern, ebensowenig aber haben wir Ursache zu heulweinen über unsere gefallenen Feinde. Damit basta!

Wir wollen die Gewalt nicht provoziren, wo man uns aber mit Gewalt begegnet, da werden wir nicht anstehen, wenn wir können, Gewalt mit Gewalt zu erwidern.“

Jeder, der nicht böswillig verdreht, wird zugeden, daß dies ganz etwas Anderes ist als was mir in dem angezogenen Bericht in den Mund gelegt wird.

Ich habe gar nicht von agitatorischer Wirkung gesprochen, habe die Rühmlichkeiten weder getadelt noch besonders gelobt, ebensowenig habe ich bezüglich der Gewalt das in dem Bericht Bemerkte gesagt.

Ueberhaupt habe ich mich an dem Abend befeßigt, rein sachlich zu sprechen, weil ich glaube, daß das zu behandelnde Thema erfordere, daß man die inneren Parteigeschäftigkeiten bei Seite lasse, weshalb ich auch von den anwesenden „Sozialrevolutionären“ (mit Wänsejähren) erwartete, daß sie aus ihrer Resolution das zugespitzte „Sozialrevolutionär“ herausgegriffen hätten, doch diese Herren zeigten nur, daß sie eben politische Kinder sind, die nicht einmal begreifen können, daß andere Menschen nicht auch, gleich ihnen, den Kopf verlieren, sobald sie andere Landeslust atmen.

Ferner will ich nur noch erwähnen, daß der bekannte „Internationale“ Jung die Frechheit hatte, den Engländern vorzuliegen, ich hätte die Rühmlichkeiten verdammt; ebenso sei noch bemerkt, daß die in der „Fr.“ abgedruckte Resolution gar nicht angenommen worden ist, sondern daß die Herrn Revolutionäre einen solch „revolutionären“ Skandal machten, nachdem die Abstimmung über die zuerst abgestimmte Abstimmung gar nicht mehr zu denken war.

London, 29. Mai 1881.

Mit bestem Gruß

H. Radom, 33 Nikolass Street, Hoxton.

Briefkasten

Der Expedition: (—): V. v. 30. eingeg. u. an W. Baumwerter, Das Abon. eines verbot. Bl. kann Ihnen kein Unheil wehren. Also Widerstand! — Fiddym: Alles erst. bloß seinen Kaufschilling über die 500. M. hat auf dich verworfen. Sonderbare Klänge! — r: Fr. L. — Fiddl. — H. H. Weg: Fr. 7,53 Ab. bis Ende Nov. erh. Weiteres durch B. — Der Bekannte: P. R. u. E. B. erh. Sehr unpraktisch verfahren. Vgl. am 7. ds. durch Dr. Gewünschtes zum zweitenmal abgeg. — Redhat: Beide erh. u. am 4. ds. gleicher Weise erwidert. — W. u. Wa. Nr: Fr. 4 a. B. Ab. a. Kto. eingereicht. Vgl. am 4/6. Näheres. — Laster: Nachr. v. 2. ds. am 4. briefl. erwidert. Neue eingereicht. — St. H. K: Nr. 9. — Ks. I. Lu. erh. Weiteres erwartet. — Gmton: M. 89,90 v. April u. Ref. pr. I. Lu. erh. Vgl. am 2. ds. Weiteres. — J. Reith. Korsh.: Fr. 3,70 Ab. II. Qu. L., sowie Fr. 1,50 Nachsieg. ac. erh. u. M. 2. — Bel. f. Kg. erh. — Lanfiter Rothhut: Fr. v. 31/5. erh. u. am 4/6. beannt. — Rother Jean: Fr. 2,50 Ab. f. Kg. erh. Vgl. können deraut nicht buchen, haben es nur mit Ihnen zu thun. Wenn Sie liefern ist Ihre Sache. Gruß! — E. B. R. G: Fr. 6. — Ab. II. u. III. Lu. erh. Rahmzettel erledigt. — M. Rth: M. 2,50 Ab. II. Qu. durch Sch. erh. — J. Reib: M. 3. — Ks. II. Qu. erh. Nachsiegler kommt noch. — Serlow: M. 10,20 Schf. u. Ubs. erh. f. J. befohrt. — Rosabad: M. 9. — a. Kto. u. alles Weitere hier. Alles laufend nummerirt. Am 7. ist Anstretes abgg. — y. Kider: Fr. 2. — nach Vorfr. verwendet. — Jely: Fr. 6. — für Photogr. erh. — Rothbaha: M. v. 4/6. erh. u. am 7. beannt. — Jenerrikel: Versprochenes dringend erwartet. Betr. Feig. genaue Angabe erwünscht, wie viel. — Bettelsozialismus London: „Dein Register hat ein Loch.“ — da hast das Narrenhaus vergessen. — D. B. u. S. W. thar: Fr. 2,30 erh. Spezialquittg. später, da Fonds bereits geschlossen. — Rothschwan: M. v. 2. ds. am 8. erh. hier. Antw. ging an den Reuen. — Karl Rothschilb: M. vom 9. ds. erhalten? Gruß!

Abonnements-Einladung.

Mit 1. Juli beginnt ein neues Quartalabonnement auf den „Sozialdemokrat“. Wir erlauben unserm Leser, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, sowie für Gewinn neuer Abonnenten unabhingig thätig zu sein. Ueber das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ noch das Wichtigste Bescheid ist in Deutschland erscheinbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.

Der „Sozialdemokrat“ wurde vom letzten Parteikongress einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.

Der vorauszahlbare Abonnementspreis des „Sozialdem.“ beträgt vierteljährlich Deutschland und Oesterreich 3 Mark (1 R. 75 kr.), wofür das Blatt wöchentlich als verschlossener Brief verpackt wird; für die Schweiz 3 Fr. für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Hkr. (unter Band). Dieser Preis kann in dessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im Großen vereinigen. Wenn unverbürgliche Empfangsbefehle großtirt werden und damit fest gemacht wird, wenn ferner die genaue Bestimmung an die abonnirten Genossen vorzüglich geschieht; dann ist die Befehle der Entbedung beim Gesamtbezug weit geringer wie bei den Briefsendungen.

Bis zu 16 Exemplaren können in Doppelbriefe übermiltelt werden; bei größeren Bestellungen ist die Zulassung in Paket bezuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren an ist der Preis per Quartal auf M. 1. 80. franco ins Haus schieflich, und ist der Betrag monatlich mit 60 Pf. im Voraus einzulösen. Sämmtliche Sendungen werden gut verpackt, nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland ausgegeben.

Preislisten aller Länder werden für voll angenommen; größere Beiträge in Papiergeld mittelst eingeschlossenen Brief oder Post-Einzahlung.

Man wende sich bei Einzelsendungen an den Verlag von H. Dietz, Reichenstraße 3, Höttingen-Bezirk, bei gemeinsamen Abonnement an die Adressirten an die Le-tantanten Agenten in Deutschland, oder an die Unterzeichneten durch Vermittlung in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Da nicht unbedeutende Rollen durch ungenügendes Frankieren entstehen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pf., resp. 10 Kreuzer k. B. kosten, bei schwereren Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pf., resp. 10 Kreuzer.

Vorauszahlung des Abonnementspreises bei Beginn des Quartals an unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerlässlich!

Vertreter! Sammelt Euch am Eure Namen und beachtet die Euch gegelene Briefe mit Titel und Inhalt; seid richtig und thut Eure Pflicht!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.